Beginn: 20:00 Uhr
 Ende: 21:05 Uhr

Sitzung-Nr: 13/gr/017/2012
 WP.: 2009/2014

NIEDERSCHRIFT

über die am 25.07.2012 im Dorfgemeinschaftshaus, Friedhofstraße 27, 76857 Waldrohrbach stattgefundene 17. Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Waldrohrbach

Zeit, Ort und Tagesordnung wurden am 17.07.2012 öffentlich bekannt gemacht (§ 34 Abs. 6 GemO)
 Alle Ratsmitglieder wurden am 16.07.2012 schriftlich eingeladen.
 Gesetzliche Zahl der Ratsmitglieder gemäß § 29 GemO: 9
 Zahl der Beigeordneten: 1, stimmberechtigte Beigeordnete: 1

Zu Beginn der Sitzung waren anwesend:

Ortsbürgermeister

Werner Kempf	
--------------	--

Erster Beigeordneter und Ratsmitglied

Michael Halde	
---------------	--

Ratsmitglieder

Erich Braun	
-------------	--

Andreas Forger	
----------------	--

Heinrich Hassel	
-----------------	--

Edmund Jung	
-------------	--

Irmgard Wegmann	
-----------------	--

Verwaltung

Christian Ballweber	
---------------------	--

Hans-Peter Spies	
------------------	--

Schriftführer

Thomas Bretz	
--------------	--

Abwesend:

Ratsmitglieder

Beate Gruber	entschuldigt
--------------	--------------

Christian Kempf	unentschuldigt
-----------------	----------------

Tagesordnung:

A. Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für die Haushaltsjahre 2012/2013
- 3 Beratung und Beschlussfassung über eine Stellungnahme zum Entwurf der Fortschreibung des einheitlichen Regionalplanes Rhein-Neckar
- 4 Beratung und Beschlussfassung über die Festlegung der Höhe des Gemeindeanteils (Ausbaubeiträge), Straßenbeleuchtung Hauptstraße
Vorlage: 13/049/IV/446/2012
- 5 Unterrichtung gem. § 16 Abs. 4 GemO über die am 26.06.2012 stattgefundene Einwohnerversammlung
- 6 Beratung und Beschlussfassung über verkehrsberuhigende Maßnahmen
- 7 Informationen

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung. Einwände gegen die Niederschrift der letzten Sitzung wurden keine erhoben.

1 Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen an den Gemeinderat gerichtet.

2 Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für die Haushaltsjahre 2012/2013

Ortsbürgermeister Kempf übergibt nach einer kurzen Einleitung zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort an Verwaltungsfachwirt Christian Ballweber von der Verbandsgemeindeverwaltung.

Nach einem Überblick über die Entwicklung der Haushaltswirtschaft in den Jahren 2010 und 2011 informiert dieser anschließend ausführlich über die wesentlichen Haushaltsansätze, insbesondere die investiven Maßnahmen, der Jahre 2012 und 2013 und deren Finanzierung.

Die Haushaltssatzung hat folgende Eckdaten:

Es wurden festgesetzt:

	Haushaltsjahr 2012	Haushaltsjahr 2013
Im Ergebnishaushalt		
der Gesamtbetrag der Erträge auf	334.000 €	328.200 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	364.850 €	340.650 €
<i>Jahresfehlbetrag</i>	<i>- 30.850 €</i>	<i>- 12.450 €</i>
Im Finanzhaushalt		
die ordentlichen Einzahlungen auf	295.950 €	292.650 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	321.950 €	289.250 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	118.750 €	37.100 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	202.650 €	143.000 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	109.900 €	107.500 €
die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 €	5.000 €

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird im Haushaltsjahr 2012 auf 83.900 €, im Haushaltsjahr 2013 auf 105.900 € festgesetzt.

Die Steuersätze für die Realsteuern werden für die Jahre 2012 und 2013 wie folgt festgesetzt:

Grundsteuer A	285 v.H.
Grundsteuer B	338 v.H.
Gewerbesteuer	352 v.H.

Die wiederkehrenden Beiträge für die Feld- und Waldwege werden für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 auf 7,67 €/ha festgesetzt.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die vorliegende Haushaltssatzung mit –plan und Stellenplan für die Haushaltsjahre 2012 und 2013.

3 Beratung und Beschlussfassung über eine Stellungnahme zum Entwurf der Fortschreibung des einheitlichen Regionalplanes Rhein-Neckar

Ortsbürgermeister Werner Kempf übergab hierzu das Wort an Herrn Hans-Peter Spies. Dieser informierte den Gemeinderat über die Grundzüge der Fortschreibung des einheitlichen Regionalplanes Rhein-Neckar sowie dessen Bedeutung für die Ortsgemeinde Waldrohrbach.

Seitens der Verwaltung empfiehlt Herr Spies der Ortsgemeinde Waldrohrbach folgende Stellungnahme zum Entwurf des gemeinsamen Regionalplanes Rhein-Neckar:

Im Bereich der Ortsgemeinde Waldrohrbach sind die Flächen im direkten Umfangsbereich der Dorflage von den Restriktionen „Regionale Grünzüge“, „Grünzäsuren“ und „Vorbehaltsgebiete für Naturschutz und Landschaftspflege“ auszunehmen.

Die Rücknahmen der Restriktionen sind insbesondere deshalb notwendig, um den bereits jetzt schon sehr geringen Spielraum für Siedlungs- und Gewerbeerweiterungen nicht noch enger zu ziehen und damit alternative Entwicklungsrichtungen nicht vorzeitig auszuschließen.

Hierzu ist generell anzumerken, dass die Rücknahmen nicht gleichzusetzen sind mit einer Inanspruchnahme für eine Siedlungsentwicklung. Vielmehr ist in jedem Fall eine Risikoanalyse im Rahmen der Bauleitplanung notwendig, über die ein genauer Aufschluss über schutzwürdige Bereiche zu erlangen ist, als dies durch die eher generalisierende Darstellung im Entwurf des Regionalplanes.

Des Weiteren fordert die Ortsgemeinde Waldrohrbach die Aufnahme einer Umgehungsstraße, welche den Ort weiträumig umgeht, in den Regionalplan.

Derzeit verläuft die Bundesstraße 48 mitten durch den Ort und teilt diesen in zwei Teile. Die B 48 wird immer vermehrt als Ausweichstrecke zur Bundesstraße 10 genutzt, was die Lebensqualität im Ort erheblich einschränkt.

Dieser Empfehlung schloss sich der Gemeinderat einstimmig an.

4 Beratung und Beschlussfassung über die Festlegung der Höhe des Gemeindeanteils (Ausbaubeiträge), Straßenbeleuchtung Hauptstraße Vorlage: 13/049/IV/446/2012

Beigeordneter Michael Halde informierte den Gemeinderat über folgenden Sachverhalt:

Bei der Erweiterung der Straßenbeleuchtungsanlage (eine neue Straßenlampe in der Hauptstraße) handelt es sich um eine Maßnahme, für deren Abrechnung das Kommunalabgabengesetz Rheinland-Pfalz von 1996 sowie die Satzung über die Erhebung einmaliger Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen (Ausbaubeitragssatzung) der Ortsgemeinde Waldrohrbach vom 05.12.1996 Anwendung findet.

Danach sind Ausbaubeiträge von den betroffenen Grundstückseigentümern zu erheben sind.

Gemäß § 5 der Satzung wird der Gemeindeanteil im Einzelfall nach der Verkehrsbedeutung der auszubauenden Verkehrsanlage durch Beschluss des Gemeinderates festgesetzt. Dabei ist die Höhe des Eigenanteils nach dem Vorteil zu bemessen, den die Allgemeinheit am Verkehrsaufkommen (hier: öffentliches Verkehrsaufkommen an der Straßenbeleuchtung) hat - § 10 Abs. 4 KAG

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen aufgrund der Verkehrsbedeutung der Hauptstraße den Gemeindeanteil an den Investitionskosten auf **40 %** festzulegen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Gemeindeanteil an den umlagefähigen Investitionskosten Erweiterung der Straßenbeleuchtungsanlage in der Hauptstraße auf 40 % festzulegen.

Ortsbürgermeister Werner Kempf sowie Ratsmitglied Edmund Jung waren gem. § 22 GemO von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und nahmen im Zuhörerraum Platz.

5 Unterrichtung gem. § 16 Abs. 4 GemO über die am 26.06.2012 stattgefundene Einwohnerversammlung

Ortsbürgermeister Werner Kempf unterrichtete gem. § 16 Abs. 4 GemO die Anwesenden über die am 26.06.2012 stattgefundene Einwohnerversammlung. Da alle Anwesenden bei der Einwohnerversammlung dabei waren, verzichtete er auf weitere Erläuterungen.

6 Beratung und Beschlussfassung über verkehrsberuhigende Maßnahmen

Aufgrund der prekären Parksituation in Waldrohrbach sowie einiger Bürgerbeschwerden war das Thema „verkehrsberuhigende Maßnahmen“ schon in der letzten Einwohnerversammlung angesprochen worden. Der Gemeinderat diskutierte über verschiedene Möglichkeiten verkehrsberuhigender Maßnahmen wie z. B. einseitiges oder wechselseitiges Parkverbot im gesamten Dorfgebiet oder das Einzeichnen von Parkbuchten.

Man war sich darin einig, dass egal, für welche Maßnahme man sich entscheidet, diese nur Sinn macht, wenn deren Einhaltung durch verstärkte und regelmäßige Kontrollen überwacht wird. Man war sich jedoch auch darin einig, dass jede Maßnahme auch eine Einschränkung für die Bürger bzw. Anwohner darstellt. Ferner seien die meisten Parkverstöße ohnehin in Bereichen, in denen diese auch ohne weitere Maßnahmen Ordnungswidrigkeiten darstellen (z. B. Bürgersteige, Kurvenbereiche, vor Einfahrten etc.)

Daher war sich der Gemeinderat darüber einig, dass zunächst seitens der Verwaltung verstärkt und über einen mehrwöchigen Zeitraum Verkehrskontrollen durchgeführt werden sollen und zwar nicht tagsüber an Wochentagen sondern freitags- und samstagabends, wo erfahrungsgemäß die meisten Parkprobleme bestehen, bevor über weitere verkehrsberuhigende Maßnahmen verhandelt wird.

7 Informationen

Der Vorsitzende teilte mit, dass derzeit keine Themen zur Information vorliegen.

Worüber Niederschrift

Der Vorsitzende

Der Schriftführer